

Drei Stunden aneinander vorbeigeredet: Interessenlage ist halt verschieden!

Die Regierung hatte gestern den Wirtschafts- und Sozialrat, die Gewerkschaften, die Paronatsverbände und die Presse (letztere als Beobachter und Berichterstatter) ins Senninger Schloß gebeten zum »jährlichen Sozialdialog« zum sogenannten »europäischen Semester 2018«. Patronat, Regierung und LCGB waren zu dem Termin nur mit Männern angetreten; OGB-L wie CGFP waren mit zwei Männern und einer Frau vertreten; zwei Direktorinnen von Staatsverwaltungen waren dabei, eine allerdings als Vizepräsidentin des Wirtschafts- und Sozialrats. Klar doch, gestern war Mittwoch, der 28. März und nicht Donnerstag, der 8. März.

Von Dialog konnte in Anwesenheit der Presse nicht die Rede sein. Wobei alle es als gut bezeichneten, daß Journalisten da waren, Wirtschafts- und Sozialrat wie Gewerkschaften aber die Regierung für danach zu Verhandlungen ohne Öffentlichkeit aufforderten.

Jedenfalls wurde mit großer Energie aneinander vorbeigeredet. Die Minister lobten vor allem die segensreiche Tätigkeit der Regierung und die angeblich auch so guten Ergebnisse in einer »dynamischen Weltlage« voller Gefahren, wie der Premier das bezeichnete.

*Autistischer
Egoismus*

Vom Patronat kam, vorgelesen vom Präsidenten der UEL (»Union des Entreprises Luxembourgeoises«) Michel Wurth, was vom Patronat immer kommt, völlig unbeeindruckt davon, daß das mit zahlreichen Studien der Saliatskammer in den letzten Jahren nacheinander widerlegt wurde. Es gab also das ganze bekannte Sortiment beginnend damit, daß der Mindestlohn auf keinen Fall steigen dürfe bis hin zur Mär, das Luxemburger Wirtschaftswachstum komme ohne jedes Produktivitätswachstum daher. Ansonsten »brauchen wir Wirtschaftswachstum« und noch mehr Investitionen in die Infrastrukturen, aber generell keine Lohnerhöhungen. Eh klar, das Kapital will mehr einnehmen und weniger zahlen. Die autistische Haltung des Patronats gipfelte in der Klage, die Handelsbilanz bei Gütern und Dienstleistungen zeige nur mehr einen Überschuß in Höhe von 5% des Bruttoinlandsprodukts (BIP), derweil es dereinst 10% waren. Das entspricht der Weigerung zur Kenntnis zu nehmen, daß die »Kommission in Brüssel«, auf die sich immer bezogen wird, wenn sie dasselbe sagt wie das Patronat, gezwungen war festzuhalten, die EU halte es auf Dauer nicht aus, wenn ein Land ständig einen Handelsbilanzüberschuß von mehr als 6% erreicht.

Zumindest in einem Punkt kam von der Regierung eine milde Zurechtweisung am Ende, als Wirtschaftsminister

Etienne Schneider darauf hinwies, daß die Produktivität in Luxemburg im Vergleich zu anderen Ländern auf einem sehr hohen Niveau ist, was erkläre, daß die Gewinne hier nicht prozentual so riesig sind wie dort. Sie sind aber vorhanden! Ums richtig deutlich zu machen: 0,7% von 1.000 ist mehr als 50% von 10.

In aller Sozialpartnerschafts- Freundschaft

Die Gewerkschaften OGB-L, LCGB und CGFP legten eine gemeinsame Stellungnahme von 76 Seiten mit einem Forderungskatalog auf den letzten 16 Seiten auf den Tisch, der auszugsweise von ihren drei Präsidenten André Roeltgen, Patrick Dury und Romain Wolff referiert wurde. So positiv es ist, daß da ein gemeinsames Papier mit einer Analyse vorgelegt wurde, die der des Patronats diametral entgegen läuft, so negativ ist es, wie tief alle die Sozialpartnerschaftsideologie verinnerlicht haben.

Das wurde mehr als deutlich, als André Roeltgen gleich anfangs eine »qualitative Erweiterung des Sozialdialogs« durch gegenseitige Konsultationen von Regierung und Gewerkschaften »hors public« forderte. Gleich anschließend beklagte er, daß überall »in Europa« ein »wirtschaftsliberalisiertes Modell« Platz greife »auf Kosten der sozialen Marktwirtschaft, die rückläufig ist«.

Die Forderungen entsprechen im Wesentlichen dem guten alten Keynes, stellen also die Linie dar, die zur Zeit der Systemauseinandersetzung tatsächlich durchsetzbar war, es aber seither nicht mehr ist, weil die Kapitaleseite glaubt, nach Beseitigung der kommunistischen Gefahr auf diese Wohltaten verzichten zu können, da das doch mehr Profit für sie bringt.

Daher steigt das Armutsrisiko in allen Ländern (wenn auch mehr in Griechenland als in Luxemburg, was nicht gesagt wurde) und die Handelsbilanz der EU weist einen Überschuß von 3 Prozent des BIP aus wegen eines Rückgangs der Importe, nicht wegen mehr Exporte.

Tatsächlich fürchtet sich inzwischen sogar schon die EU-Kommission ein bißchen vor der Einseitigkeit der wirtschaftspolitischen Entwicklung und empfiehlt die Binnennachfrage zu stärken über mehr staatliche Investitionen und mehr Endverbrauch der Haushalte. André Roeltgen machte darauf aufmerksam, daß das höhere Löhne nötig macht, und das auch gerechtfertigt ist, da die Lohnquote gesunken ist, da die Produktivität stärker stieg als die Reallöhne.

Die Gewerkschaften fordern dagegen die Einführung einer »goldenen Regel« in der EU nach der Löhne zu erhöhen sind parallel zu Steigerung von Produktivität wie Preisen, wobei letzteres in Luxemburg durch den Index schon gesichert sei. Die EU-Kommission solle deshalb aufhören dagegen wie gegen das Pensionssystem Luxemburgs anzustinken.

(wird fortgesetzt)
jmj